

Sehr geehrter Herr Präsident, Sehr geehrte Damen und Herren,

trotz aller wortgewaltigen Ankündigungen von Senator Zöllner, wie er den Erzieherinnenmangel beheben will und wie die Qualitätsverbesserungen in den Kitas und den Schulen vorangebracht werden können, erleben wir ein planloses Agieren des Senats bei der tatsächlichen Praxisarbeit.

Zwar musste der Senat unter dem Druck des Volksbegehrens den Weg für rund 1.800 neue Erzieherinnenstellen frei machen, doch viel zu spät hat er mit der Umsetzung und der Besetzung der Stellen begonnen.

Dabei war klar, dass mit der stufenweisen Umsetzung mehr Erzieherinnen benötigt werden als derzeit zur Verfügung stehen.

Wie der Senat sich auf diesen Mehrbedarf vorbereitet, hat er mir in der kleinen Anfrage 16-14639 im August so beantwortet:

[Es gibt einen Einstellungsbedarf von 1770 Fachkräften für das Jahr 2010. Ein Teil des Bedarfs soll durch Stellenaufstockungen und Entfristung von Verträgen gedeckt werden, sodass 1400 Neueinstellungen erforderlich wären.](#)

Also 370 Stelleneinheiten sollten durch die Erhöhung der Teilzeitverträge erreicht werden. Bleiben somit noch 1400 Fachkräfte die fehlen.

Bei der Ausschusssitzung im September war die Ergebnisdarstellung dann aber ernüchternd:

- 95 volle Erzieherinnenstellen durch die Stundenaufstockungen und
- 73 volle Erzieherinnenstellen entfristet und in unbefristete umgewandelt.

Also nicht mal die Hälfte der Fachkräftestellen die Sie durch die Ausschöpfung der Arbeitszeitpotentiale der schon beschäftigten Erzieherinnen erwartet hatten.

Es fehlten also nicht nur 1400, sondern jetzt 1600 Erzieherinnen.

- 103 Neueinstellungen davon konnte der Senator dann stolz vorweisen, wie lächerlich und wie arrogant den Eltern und Kindern gegenüber.

Ein Armutszeugnis nach der großmundig angekündigten Ausbildungsoffensive und dem Quereinsteigerprojekt.

Wo Sie noch Anfang Januar eine Reihe von Maßnahmen vorgestellt hatten:

- Berufsrückkehrer sollten wieder aktiviert werden,
- die Ausbildung der Heilerziehungspflege sollte gleichberechtigt anerkannt werden,

- berufsbegleitende Erzieherinnenausbildung,
- Seiteneinstieg in den Erzieherinnenberuf aus anderen pädagogischen Berufen mit einem möglichst unbürokratischen Anerkennungsverfahren oder eine Nichtschülerprüfung.

Anscheinend haben Sie die Programme nicht rechtzeitig zum Laufen bekommen oder es gibt keine Interessenten?

Es fehlen also in diesem Jahr weiterhin 1500 Erzieherinnen.

Und dann hoffen Sie mit der Aufstockung der Ausbildungsplätze um 500 Absolventinnen und Absolventen in der Erzieherinnenausbildung das Loch in den nächsten Jahren zu schließen.

Den Bedarf für die folgenden Jahre haben Sie mir in meiner kleinen Anfrage auch vorgerechnet Herr Senator:

2011: rd. 1.880  
2012: rd. 1.050  
2013: rd. 1.270  
2014: rd. 950  
2015: rd. 950

Es wird also mindestens 5 Jahre dauern, bevor es auch nur Annäherungsweise zu einem vernünftigen Verhältnis von Bedarf und Angebot kommt.

Damit wird es in Berlin weiter so bleiben, wie Sie es uns in der Ausschusssitzung schon erklärt haben, damit überhaupt die Notbesetzungen in den Schulen gelingen konnte, wurden die Freien Träger stärker eingebunden und Erzieherinnen aus den Jugendfreizeitstätten umgesetzt.

So geht es beim Senator Zöllner immer, ich stopfe ein Loch in dem ich ein anderes aufreiß, und dann wird dies auch noch als Erfolg verkauft.

Und das mindestens zweimal, denn wenn das gerade aufgerissene Loch wieder mit Personal aus anderen Einrichtungen gestopft wird, gibt es wieder eine Erfolgsmeldung!!

Für den Senat ist das ein dynamischer Prozess – ähnlich wie beim Hamster in seinem Rad – Ein Fortschritt oder eine innovative Verbesserung lässt sich aber mit solch einer Blenderpolitik nicht bewerkstelligen.

Die Erzieher und Erzieherinnen benötigen mehr als heiße Luft, sie wollen eine gesicherte Beschäftigungsperspektive in unbefristeten Verträgen und tariflich eine ordentliche und leistungsbezogene Bezahlung. Hier erwarten wir vom Senat mehr Initiativen und endlich Taten, damit nicht im bundesweiten Wettbewerb auch noch die Erzieherfachkräften in andere Bundesländer abwandern.

Der Senat war im Ausschuss nicht in der Lage die Vielzahl der offenen Fragen zu beantworten und sein Handeln ist mittlerweile fahrlässig.

Darum meine sehr verehrten Abgeordneten der Regierungsfraktionen, kann ich nicht nachvollziehen, warum Sie unseren Antrag im Ausschuss abgelehnt haben? Obwohl sie bewusst den Erzieherinnenmangel akzeptieren.

Doch Sie können heute noch unserem Antrag zustimmen und somit etwas für die Qualitätsverbesserung der Bildung und Betreuung in den Berliner Kitas und Schulen beitragen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.